



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/123.30-01

Drucksache 21-2365B

Datum 30.09.2021

Beschluss

Bürgernähe und bessere Gefahrenermittlung durch Sprechstunde vor Ort – Einrichtung einer wöchentlichen Sprechstunde an der Holstenstraße/ Bertha- von-Suttner-Park

Die Situation rund um die S-Bahn Holstenstraße beschäftigt den Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung, Senioren, Geflüchtete und Gesundheit schon seit über sechs Jahren. Es wurden bereits mehrere Maßnahmen ergriffen, die u.a. die Schaffung einer Tagesaufenthaltsstätte und den Abriss des Kiosks am Düppelplatz umfassen.

Die Situation hat sich dennoch in den letzten Jahren insbesondere durch die Coronapandemie deutlich verschlimmert. Anwohnende und Gewerbetreibende fühlen sich nicht mehr sicher, die Polizei registriert einen deutlichen Anstieg an Straftaten. Trotz Erhöhung der Polizeipräsenz vor Ort, Schwerpunkteinsätzen und einer höheren Bestreifung hat sich die Situation nicht entspannt. Die geplanten räumlichen Veränderungen werden erst in den kommenden Jahren zu einer Veränderung der Situation führen. Alle weiteren Maßnahmen, die interfraktionell im Mai in der Bezirksversammlung gefordert wurden, sind bisher von Seiten der Fachbehörde abgelehnt oder zurück an den Bezirk delegiert worden.

Eine regelhafte Sprechstunde durch den*die bürgernahe*n Beamt*in vor Ort führt zu einer weiteren wahrnehmbaren Präsenz der Polizei und einer verlässlichen niedrigschwiligen Erreichbarkeit für die direkte Umgebung. Die Bezirksversammlung hält diese Maßnahme für erforderlich, bis weitere allumfassende Maßnahmen für eine Veränderung der Situation getroffen werden.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung Altona:

- 1. Die Bezirksamtsleitung wird gebeten, mit dem Polizeikommissariat 21 die Modalitäten für eine regelhafte wöchentliche Sprechstunde durch eine*n bürgernahe*n Beamt*in vor Ort sowie eine dauerhafte telefonische Erreichbarkeit unterhalb des Notruf zu besprechen sowie einen Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen festzulegen.**
- 2. Über die Ergebnisse des Gespräches ist spätestens im Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung Senioren, Geflüchtete und Gesundheit im November 2021 zu berichten.**